

# #schlaglicht

Nr. 38/2019

NIEDERSACHSEN

DGB

DGB-BEZIRK NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT

24. OKTOBER 2019

## Soziale Ungleichheit: Höchste Zeit für faire Verteilung!

Es ist schon ein bizarres Schauspiel, das sich im Moment vollzieht: Kaum eine Woche vergeht, an dem nicht aus dem politischen Raum vor den Kosten der ökologischen Wende gewarnt wird. Auf keinen Fall dürften diese zu einer sozialen Spaltung führen. Seltsamerweise treten mit Lindner, Söder, AKK und Co. genau jene besonders lautstark auf, die in der Vergangenheit gegen Mindestlöhne und Vermögenssteuern sowie für Steuernachlässe à la Soli und Mövenpick ins Feld gezogen sind. Haben sie plötzlich ihr soziales Herz entdeckt? Wohl kaum! Das Ganze ist völlig ungläubwürdig und soll nur die drängende Verteilungsdebatte im Keim ersticken.

Nur zur Info: Wegen der jahrelangen Umverteilung von unten nach oben, ist die soziale Spaltung der Gesellschaft schon längst da. Dazu bedarf es keiner zusätzlichen Belastungen durch den Klimawandel. Punkt! Seit der Wiedervereinigung driften die Einkommen immer weiter auseinander. Als Folge gerät die hart arbeitende Mittelschicht unter Druck. Die untersten zehn Prozent der Einkommensskala mussten seit 1991 sogar reale Verluste hinnehmen, während das reichste Zehntel einen Einkommensanstieg von 35 Prozent verzeichnen konnte. Heute gilt die allgemeine Faustregel: Je höher das Einkommen, desto praller die Zuwächse!

Die ungleiche Einkommensverteilung wird allerdings von der unvorstellbaren Vermögenskonzentration locker in den Schatten gestellt. Das offizielle Nettovermögen in der Bundesrepublik beläuft sich auf 12,6 Billionen Euro. Davon entfallen auf die vermögendsten zehn Prozent rund zwei Drittel. Das sind 8.064.000.000.000 Euro, von denen das vermögendste Prozent wiederum fast ein Drittel bzw. 2.378.880.000.000 Euro auf sich versammelt. Auf der anderen Seite der Verteilung sieht es hingegen ziemlich dürrig aus. 50 Prozent der Menschen besitzen in Summe überhaupt keine Rücklagen (siehe Grafik). Sie leben von der Hand in den Mund. Letztes Jahr gingen fast 90.000 Personen in die Privatinsolvenz.

Die krasse Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ist eine brandgefährliche Situation. Wenn die breite Mehrheit am vorhandenen Wohlstand nicht ausreichend Teil hat, werden die radikalen Kräfte gestärkt. Das ist pures Gift für eine demokratische Gesellschaft. Dabei sind die negativen Begleiterscheinungen einer hohen sozialen Ungleichheit schon lange bekannt: Sie schwächt nachhaltig den gesellschaftlichen Zusammenhalt, hemmt dauerhaft die wirtschaftliche Entwicklung und untergräbt nicht zuletzt die Chancengleichheit. Das ist nicht vermittelbar.

Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern das Resultat falscher Weichenstellungen. Wer es ernst meint, muss mehr tun, um die sozialen Gräben schließen. Höhere Einkommen gibt es nur mit Tarifverträgen. Ihnen müssen die Arbeitgeber wieder Vorfahrt einräumen. Ebenso nötig ist eine gerechtere Steuerpolitik. Untere und mittlere Einkommen sind zu entlasten, während durch die Einführung der Vermögensteuer und spürbar höhere Erbschaftssteuern die Superreichen endlich zur Kasse gebeten werden müssen. Mit den Einnahmen lassen sich wichtige Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz, Bildung und Wohnraum stemmen. Nur so wird's sozialer!

### Verteilung der Vermögen in Deutschland im Jahr 2018

– Anteil am Gesamtvermögen in Prozent –

